

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telek: 885848 ppton  
Telefax: (0228) 9 1520-12

## Inhalt

**Eberhard Brecht MdB zu den europäischen Friedensbemühungen im Balkankrieg: In Genf wird wieder verhandelt.**

Seite 1

**Klaus Hänsch MdEP zum finanziellen Beitrag Deutschlands in Europa: Zählebige Legende von der 'Zahmeisterrolle' Deutschlands.**

Seite 5

**Manfred Opel MdB zu Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr: RÜhe wirft Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus.**

Seite 5

48. Jahrgang / 233

7. Dezember 1993

### In Genf wird wieder verhandelt

**Die deutsch-französische Initiative zur Befriedung des Bosnischen Krieges hat eine Chance**

Von Eberhard Brecht

Trotz des tiefen Mißtrauens gegenüber der Politik schreibt die deutsche Öffentlichkeit dieser noch immer eine Omnipotenz zu, die sie - weiß Gott - nicht hat. Konsequenterweise wird die Impotenz der Politik - gerade im Umgang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien - kritisiert und jedes Mitgefühl von Politikern oder deren Trauer und Wut über das Sterben im ehemaligen Jugoslawien als Zynismus gegeißelt. Und zuweilen versteigt sich ein Kritiker sogar zu der Behauptung, daß Deutschland oder die EG, die KSZE oder die UNO die Schuld am Morden, Quälen, Hungern und Fräsen in Bosnien-Herzegowina trügen. Als stände nicht hinter dem Desaster an der Adria jene irrationale Ideologie, für die eigene Ethnie einen homogenen Siedlungsraum gewaltsam durchsetzen zu müssen.

Sicherlich muß man den europäischen Regierungen Fehler und vor allem Unterlassungen vorhalten. Noch unerträglicher sind jedoch jene, die ihre moralische Überlegenheit über die politisch Verantwortlichen durch die eigensüchtige Benutzung von Opfern zu dokumentieren suchen.

Die europäische Union hat in den letzten Tagen einen ihrer früheren Fehler korrigiert: das gegenseitige Mißtrauen gegenüber einer vermeintlich interessenbestimmten Balkanpolitik der Partner wurde abgelöst durch ein gemeinsame Verhandlungsstrategie in Genf. Zweifellos hat das Auswärtige Amt hieran einen verdienstvollen Anteil.

Einheitliche Friedensbemühungen der EU sind in der Tat dringend erforderlich. Europa's Krebsgeschwür auf dem Balkan könnte weitere Opfer fordern, wenn sich erst in anderen Regionen Metastasen des im ehemaligen Jugoslawien etablierten Werteverfalls gebildet haben:

- \* militärische Interessendurchsetzung statt Konfliktlösung auf dem Verhandlungsweg,

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 120408 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 32,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

100-jähriger Jahrgang  
anlässlich Bundesrats  
Reichstagsfeier



- \* Herstellung ethnisch homogener Gebiete durch Vertreibung statt Gewährung von Minderheitenrechten,
- \* hemmungsloser Nationalismus statt nachbarschaftlicher Beziehungen.

Ein sich um Vereinigung bemühtes Europa ist zum Scheitern verurteilt, wenn es die Charta von Paris praktisch aufgibt. Angesichts der grauenhaften Ereignisse des Balkan-Krieges müssen wir uns eingestehen: Die EU droht zum moralischen und politischen Verlierer des Konflikts zu werden, weil sie durch Unelnigkeit und Unentschlossenheit viel zu lange zugelassen hat, daß in Europa die elementarsten Menschenrechte mit Militärstiefeln zertreten werden. Es ist jedoch nicht möglich, moralische Rigorosität zur einzigen Richtschnur politischen Handelns zu erheben. Wir stehen nämlich auch in der Gefahr, daß die hohen moralischen Normen an der Macht der brutalen Wirklichkeit in Bosnien zerschellen und in wohlmeinenden Absichtserklärungen inflationär verkommen. Der Bundestag verlangt gleichberechtigte Verhandlungen aller Konfliktparteien und die Nichtanerkennung von gewaltsamen Gebietseroberungen. Doch stellen der Vance-Owen-Plan oder die "Invincible"-Abmachungen nicht gerade jene Belohnung von gewaltsamen Grenzveränderungen dar, die wir hier und andernorts verbal zurückweisen? Wenn die bosnischen Muslime heute bereit sind, einer Weiterverhandlung auf der Grundlage der "Invincible"-Gespräche zuzustimmen, sind sie sicherlich realitätsnäher als manche unserer Anträge.

Eher pragmatisch sieht auch der deutsch-französische Vorschlag aus: 3,7 Prozent Land für die muslimischen Moslems gegen eine Embargolockerung. Nur: Wer garantiert die Unumkehrbarkeit dieses Eigentumswechsels? Schon jetzt, während der Verhandlungen, verstärken die Serben ihre militärischen Aktivitäten, insbesondere durch den Beschuß von Teocak, Zvornik und Tuzla, um weitere Gebietsansprüche gewaltsam durchzusetzen.

Das Zustandekommen und insbesondere der Verlauf der Verhandlungen in Genf geben jenen Recht, die militärische Lösungsversuche als untaugliches Mittel ablehnten und statt dessen auf das Embargo in seiner Dauerwirkung setzten. Sicherlich kann angesichts der enormen Bevorratung der serbischen Armee mit Treibstoff und Munition durch ein Embargo keine Schwächung der militärischen Schlagkraft der serbischen Milizen erwartet werden. Im Gegenteil: Die Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 757 führte zunächst zu einer relativen und absoluten militärischen Schwächung der Moslems. Nun aber wurde die serbische Seite angesichts der wirtschaftlich katastrophalen Lage Restjugoslawiens zu einer bis dahin nicht gekannten Beweglichkeit bei den Verhandlungen gezwungen. Die EU ist daher gut beraten, dieses einzige Druckmittel nicht leichtfertig aus der Hand zu geben, sondern nur schrittweise gegen substantielle Verhandlungserfolge abzubauen.

Hauptkonfliktpunkte für die geplante Wiederbleibung der Londoner Konferenz aber bleiben die serbischen Gebietsabtretungen, der Zugang zum Meer für die moslemische Teilrepublik (bei Neum), das Schicksal der Stadt Sarajewo, die Einrichtung des UNO-Protectorats in Sarajewo und des EU-Protectorats in Mostar, eine Einigung über die Krajina und die Zukunft des Kosovo. Vor einem abschließenden Friedensabkommen ohne eine Regelung für den Kosovo kann nur dringend gewarnt werden. Wenn nach dem Wunsche Milošević die Europäische Union den Kosovo nur als inneres Problem Serbiens betrachtet und diesen Konflikttherd bei weiteren Verhandlungen herausläßt, kann eine Ausdehnung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien nicht ausgeschlossen werden.

Verwunderlich ist insbesondere der bislang gepflegte Umgang der Europäischen Union mit der kroatischen Seite. Da kann Präsident Tudjman reguläre kroatische Truppen zum Kampf

nach Bosnien-Herzegowina führen, sich mit den Serben gegen die Moslems verbünden, Boban's kroatische Milizen unterstützen, barbarische Menschenrechtsverletzungen wie die von Stupni Do dulden und humanitäre UNPROFOR-Hilfstransporte und die Transporte von Schwerverwundeten an der Weiterfahrt hindern, ohne daß dagegen ernsthaft vorgegangen wird. Dabei hätte die Bundesregierung durch die mögliche Streichung der ca. 400 Millionen DM Wirtschaftshilfe ein Mittel in der Hand, um die Durchfahrt von Hilfstransporten durch kroatisch kontrolliertes Gebiet zu erzwingen. Natürlich können wir die bosnischen Flüchtlinge in Kroatien nicht zu Geiseln machen, indem die von Deutschland bezahlten 84 Millionen DM humanitärer Hilfe reduziert oder gestrichen werden. Es ist aber kaum nachzuvollziehen, warum Präsident Tudjman im Tausch für weitere Verhandlungskompromisse zusätzliche Wirtschaftshilfen durch die EU offeriert werden.

Um die Chance für ein Überleben der Menschen in Bosnien-Herzegowina in diesem Winter zu erhöhen, müssen wir Europäer weitaus mehr Anstrengungen als bislang unternehmen. In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung nun eine zweite Transal-Maschine für den Abwurf von Hilfsgütern über den abgeschnittenen bosnischen Enklaven zur Verfügung stellt.

Wirksamer ist natürlich der Transport von Nahrungsmitteln auf dem Landwege. Die Niederländer und Dänen haben sich hierbei mutig gezeigt, indem ihren Blauhelmsoldaten für die Hilfstransporte die Möglichkeit der 'mission defense' eingeräumt wurde. Wenn zusätzlich die Militärs der Kriegsparteien - wie zugesagt - geschützte Korridore für humanitäre Hilfskonvois garantieren würden, könnten bislang unberücksichtigte Städte und Dörfer mit Lebensmitteln, Brennmaterial und Medikamenten versorgt werden. Auf deutscher Seite sollten die für den UNHCR und das IKRK erforderlichen 10 Millionen DM für weitere humanitäre Hilfe beschafft werden.

Die Bundesregierung muß den für die Absicherung des Projektes 'Deutscher Konvoi' notwendigen Betrag im Haushalt 1994 festzuschreiben. Auf diese Weise könnten die von vielen Bundesbürgern gespendeten Hilfsgüter die Opfer des Krieges auch erreichen. Insgesamt ist die Hilfsbereitschaft von Privatpersonen und NGO's in Deutschland beachtlich. Umsomehr muß es befremden, wenn private Hilfspakete für die jugoslawische Bevölkerung neuerdings durch einem höheren Paketpreis behindert werden. Herr Minister Bötsch sollte seinen Post-Reformeißer nicht soweit treiben, daß er darüber solch 'nebensächlich' erscheinende Probleme vergißt.

Besonders wichtig wäre die von Freimut Duve immer wieder geforderte Öffnung des Flughafens von Tuzla. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, auf der Wiederinbetriebnahme des Tuzla-Flughafens gegenüber der serbischen Verhandlungsseite zu bestehen. Immerhin könnte man über diesen Flughafen den dort lebenden 800 000 Menschen eine bessere Überlebenschance eröffnen.

Trotz aller positiv zu bewertenden humanitären Anstrengungen Europas bleibt doch ein schwerer Schandfleck zu beklagen: Wie gehen wir auf unserem Kontinent mit den Kriegsflüchtlingen in Europa um. Tragen einige unserer westeuropäischen Nachbarn durch ihre rigide Kontingentierung bei der Flüchtlingsaufnahme nicht dazu bei, daß sich bei den bosnischen Moslems nun endgültig ein Gefühl der Zurückweisung und des Verrats breitmacht ?

Ein exemplarisches Beispiel menschlicher Verblüterung gibt ein Aufsatz des moslemischen Schriftstellers Dzevad Karahasan, der über seine Heimatstadt Sarajewo schreibt (FR 20. November 1993):

\*Seit einhalb Jahren also liegt nun vor unser aller Augen eine Stadt im Sterben, die in das größte Konzentrationslager aller Zeiten verwandelt wurde. Eine Stadt, die nicht nur ihren Einwohnern, sondern auch Menschen, die nur vorübergehend dort lebten, ans Herz gewachsen ist. Eine Stadt, deren Identität vor allem durch innere Offenheit geprägt ist, die sie ihrem multi-kulturellen Charakter verdankt, und die dank dieser inneren Offenheit imstande war, jeden aufzunehmen und jedem im buchstäblichen Sinn des Wortes HEIMAT zu sein...

Während ich das langsame Sterben meiner Stadt mit eigenen Augen ansehen mußte, tröstete ich mich mit dem oft gelesenen Satz, daß eine Stadt, welche die Menschen lieben, unsterblich sei. Ich tröstete mich am Beispiel antiker Städte, die auch dann noch weiterlebten, als ihre Bewohner den Ort bereits verlassen hatten, an dem die Stadt einst physisch existiert hatte...

Wichtig ist es also, das Herz Sarajewos zu retten, wichtig ist es, seine Multikulturalität in die Fremde mitzunehmen und auch seine innere Offenheit..

Meine Hoffnung währte jedoch nicht lange, da es sich zeigte, daß niemand Unglückliche um sich duldet...

Dieselben Staaten, die von den Bürgern Bosnien-Herzegowinas ein Bekenntnis zum Zusammenleben in einem multinationalen und multi-kulturellen Staat gefordert hatten, die deren Staat nach einem Referendum, bei dem sich 65 % der Bevölkerung in diesem Sinne ausgesprochen hatten, anerkannten, blockieren fast jede Initiative, mit der man diesen unglücklichen Menschen helfen möchte; dieselben Staaten, die jeden Versuch einer Hilfe für Bosnien-Herzegowina unterbinden, verbleien Menschen mit bosnischem Paß das Betreten ihres Territoriums.'

Leider beteiligt sich offenbar auch die Vertretung Bosniens in Deutschland an einer flüchtlingsfeindlichen Politik. Sie verlangt im Regelfall für einen neuen Paß 400.- DM, eine Summe, die ein Flüchtling kaum aufzubringen vermag. Die Bundesregierung sollte auf die bosnischen Behörden einzuwirken, damit diese Praxis nicht fortgesetzt werden kann.

In Genf wird wieder verhandelt. Die Tatsache allein ist keinesfalls ein Fortschritt an sich, wie dies Lord Owen und Stoltenberg meinen. Wie oft mußte die Welt erfahren, daß langwierige Verhandlungsrunden zur Strategie der serbischen Seite gehörten: möglichst große Landgewinne erreichen und gleichzeitig den Zorn der Völkergemeinschaft begrenzen, indem man ja prinzipiell Verständigungsbereitschaft signalisiert. Dennoch sollte man bei dieser neuerlichen Verhandlungsrunde die Hoffnung nicht aufgeben. Die Verständigung über eine völlige Bewegungsfreiheit von UNPROFOR, UNHCR und IKRK und die prinzipielle Akzeptanz der EU-Verhandlungsgrundlage stellen einen erheblichen Fortschritt dar. Wie den Berichten der vergangenen Nacht zu entnehmen ist, sollen sich die bosnischen Moslems und die Serben in der Statusfrage von Sarajewo und bzgl. des Gebietsaustauschs deutlich angenähert haben.

Zweifel bleiben. Werden die Gespräche in Genf und London wirklich zu einem stabilen Frieden führen? Plausible Wahrscheinlichkeitsüberlegungen sprechen eher dagegen. Doch wer jedes Mal das Licht am Ende des Tunnels als zu schwach befindet, der wird nie ins Freie gelangen.

(-/7. Dezember 1993/ka/ks)

\*\*\*\*\*

**Zählebiges Legende von der "Zahlmeisterrolle" Deutschlands**  
**Das ZDF- und WELT-Märchen vom "EU-Zahlmeister Deutschland"**

**Von Dr. Klaus Hänsch MdEP**  
**Stellvertretender Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokratische Partei Europas**  
**(SPE) im Europäischen Parlament**

Erneut werden (im ZDF und Die Welt) Zahlen in die Welt gesetzt, die angeblich die "Zahlmeisterrolle" Deutschlands in der Europäischen Union belegen. Diese "Belege" sind erneut "getürkt". Für das Jahr 1992 wird, zum Beispiel, eine Nettobelastung pro Kopf mit 270 DM ausgewiesen. Verschwiegen wird dabei

1. Die "Nettobelastung" in anderen Mitgliedstaaten der EU ist pro Kopf höher als die deutsche. Mehr leisten Luxemburg, Belgien, Niederlande und Dänemark. Frankreich ist gleich auf mit Deutschland.
2. Der jährliche Mittelfuß durch Exportgewinn aus der EU nach Deutschland betrug pro Kopf rund 420 DM. Dabei war 1992 ein Jahr mit relativ geringem Exportüberschuß. Für 1990 würde der Vergleich lauten: "Nettobelastung" 145 DM, Exportüberschuß rund 800 DM pro Kopf.
3. Deutsche Unternehmen erhielten rund 60 Prozent der Aufträge, aus dem Vorhaben in den "Nettoempfängerländern" mit EU-Strukturmitteln gefördert wurden. Das ist ein indirekter Rückfluß (100 DM p.c./p.a.) in die deutsche Wirtschaft und wird als Argument besonders gern von der bayrischen Staatsregierung verwandt.

Wenn man sich überhaupt auf eine absurde, rein rechnerische ( und dazu ungenaue und unvollständige) Bilanz einlassen will, lautet sie zum Beispiel 1992: Den Zahlungen an die EU in Höhe von etwa 440 DM stehen Zahlungen der EU an Deutschland von rund 170 DM und Exportüberschüsse aus der EU von rund 420 DM pro Kopf gegenüber.

Jede Bundesbürgerin und jeder Bundesbürger steckte also 1992 rund 150 DM als "Gewinn" aus der EU-Mitgliedschaft Deutschlands ein.

(-/7. Dezember 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Rühe wirft Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus**  
**Der Bundeswehrplan muß völlig überarbeitet werden**

**Von Manfred Opel MdB**

Es ist unglaublich: Der Verteidigungsminister beklagt sich öffentlich lautstark, die ihm vom Kabinett ab 1994 verordnete Schlankheitskur würde er nicht durchstehen können, ohne sämtliche neuen Beschaffungsvorhaben zu stoppen. Gleichzeitig versucht er noch 1993 fünf teure sowie teilweise gänzlich unwichtige und nicht begründbare Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben durch das Parlament zu drücken:

1. Für über 85 Millionen DM will er scharfe und Übungs-Patronen für die Panzerfaust 3 beschaffen, obwohl
  - es noch erhebliche Entwicklungsrisiken gibt,
  - die Patronen noch immer nicht beschaffungsreif sind,

- der bisherige Entwicklungsvertrag nicht erfüllt wurde,
  - der augenblickliche Bestand allein an deutschen Panzerfaust 3-Patronen die Zahl der früheren Warschauer-Pakt-Panzer mindestens um das Zweifache übertrifft,
  - erste Zahlungen erst 1995 erfolgen sollen und
  - der wirkliche zukünftige Bedarf gänzlich unbegründbar ist.
2. Unter der Bezeichnung SMART soll eine selbstsuchende Artilleriemunition 155 mm gegen sogenannte harte Ziele mit fast 70 Millionen DM zusätzlich fertigentwickelt werden, obwohl
- der bisherige Entwicklungsvertrag von über 150 Millionen nicht zu dem ursprünglich vereinbarten Ergebnis geführt hat und
  - noch kein einziger "scharfer Schuß" erfolgreich abgefeuert wurde.

Weiter sollen entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft für etwa 80 Millionen DM sogenannte Sonderbetriebsmittel angekauft werden, noch bevor die Munition überhaupt ihre Funktionsfähigkeit bewiesen hat.

Anstelle eines Festpreises, wie vom Parlament immer wieder gefordert, soll ein "höchstbegrenzter Selbstkosten-Erstattungs-Preis mit Preisgleitung" vereinbart werden. Damit sind die Kosten praktisch nur noch sehr begrenzt zu kontrollieren.

Die Aufstockung des Entwicklungsvertrages wird damit begründet, daß "die Entwicklung im bisher vereinbarten Finanzrahmen nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte". Diese Unfähigkeit des Entwicklers belohnt der Verteidigungsminister auch noch!

3. Die Beschaffung von 24 Minenräumpanzern KEILER im Wert von über 110 Millionen DM soll erst jetzt erfolgen. Spätestens Somalia hat gezeigt, wie wichtig die Möglichkeit zu raschem und zuverlässigem Minenräumen ist.

Der Verteidigungsminister will aber erst 1995 einen relativ kleinen Betrag für den KEILER aufwenden. Das ist viel zu spät. Eine Neubewertung ist erforderlich. Dazu muß aber erst eine Gesamt-Planung vorliegen.

4. Das Heeres-Führungs-Informationssystem HEROS 2/1 soll in der Grundstufe mit einem ersten Los von über 160 Millionen DM beschafft werden. Es ist für die Krisenreaktionskräfte bestimmt, deren Stärke und Struktur noch niemand endgültig kennt.

Es besteht die Gefahr einer deutschen Sonderlösung, die im Bündnis nicht kompatibel ist. Damit würde HEROS ein ähnliches Schicksal beschieden sein, wie dem Luftwaffen-Einsatzführungs-System EIFEL. Deshalb muß man über das Gesamt-Vorhaben neu nachdenken.

5. Schließlich will der Verteidigungsminister einen Vertrag über die Stufe II der Kampfwertsteigerung des Panzers Leopard 2 abschließen. Auch damit sollen die Krisenreaktionskräfte ausgerüstet werden. es handelt sich um eine Kooperation mit den Niederlanden und möglicherweise mit der Schweiz und Schweden. Diese Kooperation ist grundsätzlich zu begrüßen. Doch die Frage ist, weshalb erst 1995 mit dem Vorhaben begonnen werden soll und wie hoch der Bedarf wirklich ist.

Insgesamt werden sämtliche, jetzt überhastet dem Parlament vorgelegten Beschaffungsvorhaben den nächsten Bundeswehrplan, der im Frühjahr 1994 vorgelegt werden soll, nicht unverändert überstehen können. Es fehlen vor allem die konzeptionellen und die wirtschaftlichen Begründungen. Deshalb müssen die Vorlagen überarbeitet und mindestens bis dahin zurückgestellt werden.

(-/7. Dezember 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*